



# Digitale Souveränität: Mehrheit will Übernahmen durch Nicht-EU-Investoren begrenzen

Michael Fiedler

**Halbleiter, Cloud, Software, Cybersicherheit: Wenn es um Schlüsselunternehmen der deutschen Wirtschaft geht, wünscht sich eine deutliche Mehrheit klare staatliche Leitplanken. Eine aktuelle Umfrage zeigt, wie differenziert die Bevölkerung dabei nach Herkunftsländern unterscheidet.**

## Breite Skepsis gegenüber Kontrolle durch Nicht-EU-Investoren

Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland spricht sich dafür aus, Übernahmen strategisch wichtiger Unternehmen durch Investoren außerhalb der Europäischen Union zu begrenzen. Laut einer repräsentativen Befragung im Auftrag des Bitkom sind 79 Prozent der Ansicht, die Bundesregierung sollte Übernahmen von Spitzen-Unternehmen der deutschen Wirtschaft durch Nicht-EU-Investoren verhindern.

Im Zentrum der Sorge steht dabei weniger der Kapitalzufluss an sich als vielmehr die Frage nach Kontrolle über Schlüsseltechnologien, Daten und zentrale Wertschöpfungsketten – etwa in der Halbleiterfertigung, bei Cloud-Diensten, Software-Plattformen oder Cybersicherheitslösungen.

## Klare Unterschiede nach Herkunftsländern

Die Ablehnung fällt je nach Herkunftsland der Investoren sehr unterschiedlich aus. Besonders hoch ist sie bei Russland: 84 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, Übernahmen durch russische Investoren zu verhindern. Für China liegt dieser Wert bei 74 Prozent.

Deutlich geringer, aber immer noch mehrheitlich kritisch, bewerten die Befragten Investoren aus Golfstaaten wie Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten (59 Prozent) sowie aus Indien (42 Prozent). Vergleichsweise zurückhaltend ist die Skepsis gegenüber Investoren aus den USA (33 Prozent) und Japan (19 Prozent).

Nur eine sehr kleine Minderheit nimmt eine grundsätzliche Position ein: Zwei Prozent der Befragten wollen Übernahmen unabhängig vom Herkunftsland generell stoppen, ebenfalls zwei Prozent plädieren für eine vollständige Öffnung ohne Einschränkungen.

## Digitale Souveränität als strategisches Leitmotiv

Nach Einschätzung von Ralf Wintergerst, Präsident des Bitkom, berührt die Debatte einen zentralen strategischen Punkt: „Souveränität heißt, bei Schlüsseltechnologien unabhängig zu bleiben oder unabhängiger zu werden. Dazu gehört auch die Frage, wer am Ende die Kontrolle über strategisch wichtige Unternehmen hat.“

Gleichzeitig verweist Wintergerst darauf, dass Deutschland weiterhin auf offene Märkte und internationale Investitionen angewiesen ist. Entscheidend sei daher nicht ein pauschales Verbot, sondern eine gezielte Prüfung von Risiken für Sicherheit, Resilienz und technologische Selbstbestimmung. Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen gehe es vor allem darum, Abhängigkeiten zu reduzieren und dort konsequent zu handeln, wo kritische Infrastrukturen oder wirtschaftliche Sicherheit betroffen sind.

## Investitionsprüfung zwischen Offenheit und Schutzinteressen

Die Ergebnisse der Umfrage deuten darauf hin, dass ein Großteil der Bevölkerung eine stärker differenzierte Investitionspolitik unterstützt. Nicht jede ausländische Beteiligung wird pauschal abgelehnt – vielmehr erwarten viele Befragte, dass der Staat je nach strategischer Bedeutung des Unternehmens und Herkunft des Investors genauer hinschaut. Damit spiegelt die öffentliche Meinung eine Debatte wider, die auch auf politischer Ebene an Bedeutung gewinnt: Wie lassen sich offene Märkte, internationale Kapitalströme und zugleich technologische Eigenständigkeit miteinander vereinbaren?

Über die Studie: Die Ergebnisse basieren auf einer telefonischen Befragung von 1.156 Personen ab 16 Jahren in Deutschland. Die Umfrage wurde von Bitkom Research im Auftrag des Bitkom im Zeitraum von Kalenderwoche 39 bis 43 2025 durchgeführt und ist repräsentativ. Abgefragt wurden Einstellungen zu Maßnahmen der digitalen Souveränität sowie zu möglichen Herkunftsländern von Nicht-EU-Investoren, bei denen Übernahmen verhindert werden sollten.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4948004/Digitale-Souveraenitaet-Mehrheit-will-Uebernahmen-durch-Nicht-EU-Investoren-begrenzen/>